

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Oliver Gerriets

Ratsvorsitzende Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Byrte Janßen

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Michael Kunze

Bürgermeister Fritz Langen

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Prof. Günter Reuter

Ratsmitglied Jasmin Tegge

Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Ratsmitglied Peter Debring

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Björn Heinisch

Ratsmitglied Howard Jacques

Ratsmitglied Petra Kolbe

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Norbert Schmidt

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Rainer Büscher

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Ratsmitglied Peter Sokolowski

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Stadtrat Dr. Jens Gaul

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Jugend Carsten Feist

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Rechnungsprüfungsamt Heike Jacobs

Fachbereichsleitung Bauordnungsamt Niksa Marusic

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Bürgermeister Holger Barkowsky

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Wolfgang Jeschke

Beigeordneter Michael Veh

Ratsmitglied Helga Weinstock

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 19

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

4	Aktuelle Stunde	
5	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
6.1	Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)	
6.1.1	Verwaltungs- und Organisationsgutachten der KGSt., „Kooperation zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland“; Grundsatzbeschluss	299/2013
6.1.2	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	300/2013
6.1.3	Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Info-Box JadeWeserPort GmbH	304/2013
6.2.1	76. Änderung des Flächennutzungsplans 1973-Umspannwerk nördlich Hohewerth- Entwurfsbeschluss	273/2013
6.2.2	Bebauungsplan Nr. 121, 1. Änderung (vorhabenbezogen) Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 26 (VEP 26)-Bontekai-Aufstellungsbeschluss	274/2013
6.2.3	Bebauungsplan Nr. 136-Gökerstraße zwischen Hegel- und Schellingstraße- Neuer Aufstellungsbeschluss	275/2013
6.2.4	74. Änderung zum Flächennutzungsplan-Fedderwardergroden / Östlich Inhauser Landstraße-Aufstellungsbeschluss	293/2013
6.2.5	Bebauungsplan Nr. 120-Posener Straße / Inhauser Landstraße- Aufstellungsbeschluss	294/2013
6.2.6	Sanierungsgebiet Westliche Südstadt	288/2013
6.2.7	-Umgestaltung Admiral-Klatt-Straße (zw. Seediek- und Luisenstraße) Straßenbenennung für die Planstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 140 "westlich Möwenstraße"	289/2013
6.3.1	Personelle Besetzung des Behindertenbeirates	272/2013
6.4.1	Änderung des Überlassungsvertrags Stadttheater	301/2013
6.4.2	Änderung des Personalgestellungsvertrages Stadttheater	302/2013
6.5.1	Widmung von Straßen	297/2013
6.6.1	Antrag der Gruppe BASU/Hammadi zur Besetzung der AG "Extremismus"	529/2013
6.7.1	Aufhebung der Grundschule Kirchreihe zum Schuljahr 2014/15	246/2013
6.7.2	Änderung der Mitgliedschaft im Verein "Lernort Technik und Natur"	298/2013
7	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
8.1	Antrag Gruppe Grüne/WBV auf Änderung der "Richtlinien der Stadt Wilhelmshaven über die Ehrungen und Auszeichnungen für hervorragende sportliche Leistungen oder besondere Verdienste um die Förderung des Sports"	530/2013

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Stoffers informierte, dass die Klage von Herrn Dr. von Teichman gegen die Begrenzung der Wortbeiträge nunmehr abgewiesen worden sei. Das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht habe in 2. Instanz entschieden, dass die Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven als rechtlich unbedenklich einzustufen sei und somit auch die Regelung über das einmalige Rederecht für jedes Ratsmitglied.

Anschließend ging Herr Stoffers auf die Begründung des Urteils ein.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

- 3 Genehmigung der Protokolle über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 31.10. sowie 20.11.2013 (und 27.11.2013 soweit vorliegend)

Herr Föhlinger machte darauf aufmerksam, dass im Protokoll vom 31.10.2013 unter TOP 8.5.1 nicht erst Herr Veh den Beschlussvorschlag vorgetragen, sondern er selbst unmittelbar nach Aufrufen des Tagesordnungspunktes einen Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht habe. Dies bitte er zu korrigieren.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 31.10. und 20.11.2013 werden inklusive der soeben vorgetragenen Änderung genehmigt.

- 4 Aktuelle Stunde

Es lag kein Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde vor.

- 5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

- 6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

- 6.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

- 6.1.1 Verwaltungs- und Organisationsgutachten der KGSt., „Kooperation zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland“; Grundsatzbeschluss **299/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.12.2013 vor und machte auf den im Ausschuss verabschiedeten Änderungsantrag der Fraktionen SPD und CDU aufmerksam.

Oberbürgermeister Wagner führte kurz ins Thema ein: Mit dem Gutachten sollten die Verwaltungs- und Organisationsstrukturen in Friesland und Wilhelmshaven analysiert und die Auswirkungen eines Zusammenschlusses bzw. einer interkommunalen Zusammenarbeit auf diese Gebiete untersucht werden. Dabei könne jedoch nicht eine Bearbeitung sämtlicher struktureller Themen erwartet werden. Die Verwaltung stehe daher auch auf dem Standpunkt, dass das Gutachten nicht allein zur Klärung der Frage nach der Sinnhaftigkeit eines Zusammenschlusses herangezogen werden könne. Es sei vielmehr zu klären, wie die Region zu einem Zukunftszentrum zusammenwachsen könne. Mit dem Gutachten habe ein konstruktiver Prozess gestartet werden können, in welchem auch die beteiligten Verwaltungen zu einer Analyse ihres eigenen Handelns angeregt worden seien. In diesem Zusammenhang wolle er allen Beteiligten für deren Mitarbeit danken. Gleichzeitig solle dieser Schritt als „Startschuss“ gesehen werden, die regionalen Chancen ohne Zeitdruck, ohne Denkverbote, aber dafür sehr detailliert zu betrachten. So müsse das Gutachten nicht als Schlussstrich sondern als Aufbruch zu einer seriösen, vertrauensvollen Zusammenarbeit betrachtet werden, ohne jedoch in Aktionismus zu verfallen. Das Wagnis „mehr Region“ einzugehen, bedeute letztlich auch, strukturelle Reformen anzugehen und umzusetzen. Die Lösungen müssten für die Bürgerinnen und Bürger echte Ersparnisse bringen. Gebot der Stunde sei, Vertrauen und Transparenz zu schaffen, klare Ziele zu definieren und daraus wiederum Projekte abzuleiten. Dabei dürfe nicht außer Acht gelassen werden, auf einer Augenhöhe miteinander zu kommunizieren.

Herr Föhlinger brachte anschließend folgenden gemeinsamen **Änderungsantrag der Fraktionen SPD und CDU** ein:

„Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt

Alternative B:

die Verwaltung zu beauftragen, Verhandlungen mit dem Landkreis Friesland aufzunehmen, um Vereinbarungen zur Intensivierung der Interkommunalen Zusammenarbeit zu erarbeiten und den zuständigen Gremien jeweils zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erstaunt, dass das Thema nunmehr beendet sein soll. Er erinnerte daran, dass die FDP bereits in der letzten Wahlperiode Vorschläge zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden gemacht habe, welche abgelehnt worden seien. Hier sei nun ein teures Gutachten in Auftrag gegeben worden, dessen Ergebnis jedoch nicht weiter verfolgt werde. Seines Erachtens hätten die hierfür aufgewendeten Kosten gespart und sinnvoller eingesetzt werden können. Er vermisse seitens der Stadt und besonders der Führungsebene mehr Engagement im Umgang mit dem Gutachten. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen komme die Stadt seiner Meinung nach an einer Einkreisung nicht vorbei. Er bedauerte, dass die Chance auf die finanzielle Zuwendung von Seiten des Landes nicht genutzt werde und der Austausch mit dem Landkreis in der Öffentlichkeit unter einer negativen Atmosphäre, nicht aber in offenen Gesprächen stattgefunden habe.

Frau Breuer erklärte, die Gruppe Grüne/WBV werde dem Änderungsantrag mit Alternative B zustimmen. Man sei zwar nicht generell gegen eine Einkreisung, doch werde eine Entscheidung zu einer möglichen Einkreisung am heutigen Tag für verfrüht gehalten. Dies belegte Frau Breuer anhand einiger Beispiele. Mit der Entscheidung für eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit verzichte die Stadt zwar auf die Entschuldungshilfe des Landes, doch wäre diese auch nur eine kurzfristige Erleichterung. Auch eine Kreiszugehörigkeit stelle noch lange nicht die Lösung aller Probleme dar. In diesem Zusammenhang verweise sie auf das „Hesse Gutachten“ aus dem Jahr 2010, in dem bereits anstelle einer Fusion die kommunale Zusammenarbeit präferiert werde. Insgesamt vermisse die Gruppe die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Diskussion.

Herr Walpurgis signalisierte, die UWG werde ebenfalls der Alternative B zustimmen, um die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Friesland zu intensivieren. Insgesamt bleibe festzustellen, dass hier viel Geld für viel Papier, aber wenig neue Erkenntnisse ausgegeben worden sei.

Herr Hellwig machte darauf aufmerksam, dass das Gutachten keine Basis für Verhandlungen mit dem Landkreis Friesland über die Einkreisung darstelle; dies solle jedoch auch keine grundsätzliche Ablehnung eines Zusammengehens der Stadt mit dem Landkreis darstellen. Wie hier weiter vorzugehen sei, werde die Zukunft zeigen.

Herr Stoffers wies den Vorwurf der mangelnden Transparenz zurück: Das Gutachten habe 21 Handlungsfelder aufgewiesen, von denen jedes einzelne im zuständigen Fachausschuss in öffentlicher Sitzung vorgestellt, deren Vor- und Nachteile abgewogen und eine Einschätzung der Verwaltung abgegeben worden sei mit der Möglichkeit, die Inhalte zu diskutieren. Somit seien die Themen in einer Vielzahl von Sitzungen im Detail besprochen worden.

Herr Biehl erklärte in Bezug auf die Ausführungen von Herrn Stoffers, seine Gruppe vermisste eine Beteiligung der Bürger, nicht die Transparenz der Entscheidungen. Oberbürgermeister Wagner habe von einer „Diskussion auf Augenhöhe“ gesprochen, dies bitte er auch zu tun und die Bürger in die Entscheidungen mit einzubinden.

Anschließend wurde die Frage der Bürgerbeteiligung und der Öffentlichkeit zu diesem Thema kurz zwischen **Herrn Stoffers**, **Frau Breuer** und **Herrn Sokolowski** diskutiert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde der **Änderungsantrag der Fraktionen SPD und CDU** bei 1 Gegenstimme (FDP) **mehrheitlich angenommen**.

Die **Alternative A des Beschlussvorschlages** wurde bei 1 Ja-Stimme (FDP) **mehrheitlich abgelehnt**.

Die Alternative B des Beschlussvorschlages wurde einstimmig abgelehnt.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag laut Änderungsantrag-

~~Alternative A:~~

~~die Stadt Wilhelmshaven als große selbständige Stadt in den Landkreis Friesland aufzunehmen und beauftragt die Verwaltung entsprechende Verhandlungen mit dem Landkreis Friesland und dem Land Niedersachsen aufzunehmen und den zuständigen Gremien die ausgearbeiteten Verhandlungsentwürfe vorzulegen.~~

~~oder~~

~~Alternative B:~~

~~die Verwaltung zu beauftragen, Verhandlungen mit dem Landkreis Friesland aufzunehmen, um eine Vereinbarung zur Intensivierung der Interkommunalen Zusammenarbeit zu erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung in 2014 vorzulegen.~~

Der Rat beschließt

Alternative B:

die Verwaltung zu beauftragen, Verhandlungen mit dem Landkreis Friesland aufzunehmen, um Vereinbarungen zur Intensivierung der Interkommunalen Zusammenarbeit zu erarbeiten und den zuständigen Gremien jeweils zur Beschlussfassung vorzulegen.

6.1.2 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG **300/2013** durch den Rat

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.12.2013 vor und dankte allen Spendern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Geldspende(n):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Sparkasse Wilhelmshaven, Theaterplatz 1, 26382 Wilhelmshaven	4.000,00 €	Geldspende für die Altenhilfe der Stadt Wilhelmshaven

6.1.3 Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Info-Box JadeWeserPort GmbH **304/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.12.2013 vor.

Herr Stoffers informierte, es habe im Vorfeld aufgrund der Bestellung von Herrn Dr. Graul zum Kulturbeauftragten und seiner Entsendung in die JadeWeserPort InfoCenter GmbH einige Irritationen und in Folge dessen eine Eingabe bei der Kommunalaufsicht gegeben. Dort habe man sich intensiv mit dem Thema befasst und die Stellungnahme der Stadt entsprechend gewürdigt. Es haben keinerlei Rechtsverstöße festgestellt werden können, so dass ein entsprechender Beschluss heute ohne weiteres möglich sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Gegenstimme: Frau Ober-Bloibaum, Gruppe BASU Hammadi, und 2 Enthaltungen: UWG-Fraktion)

Als Mitglied in den Aufsichtsrat der JadeWeserPort InfoCenter GmbH wird **Herr Dr. Jens Graul** entsandt.

6.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)

6.2.1 76. Änderung des Flächennutzungsplans 1973 **273/2013**
- Umspannwerk nördlich Hohewerth - Entwurfsbeschluss

Herr Schmidt trug in Vertretung für Herrn Veh den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2013 vor.

Herr Sokolowski zeigte sich skeptisch gegenüber diesem Entwurfsbeschluss: Hier handele es sich um ein Umspannwerk, das hauptsächlich für das neue Kohlekraftwerk einzurichten sei. Nach er auf die Probleme bei dem Planungen für das Kohlekraftwerk eingegangen war, legte Herr Sokolowski seine Bedenken aus Umweltschutzgründen gegenüber dem Bau des Umspannwerkes dar.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, dass auch künftig nicht gänzlich auf Kohlekraftwerke verzichtet werden könne und diese darum entsprechende Anschlüsse benötigten. Jedoch mache dieses Projekt einen anderen Standort frei für Industrie und Lärm, nämlich den Standort „Antonslust“. Er sehe daher in diesem Beschluss einen weiteren Schritt dahin, dass Versprechen seitens der Verwaltung nicht eingehalten würden und werde daher den Beschlussvorschlag ablehnen.

Herr Hellwig und **Oberbürgermeister Wagner** machten darauf aufmerksam, dass über dieses Umspannwerk jedoch auch Offshore- sowie Onshore-Strom verteilt werde und es daher nicht allein dem Kohlekraftwerk diene.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 11 Gegenstimmen: Gruppe Grüne/WBV (ohne Frau Linsen-Steiner); Gruppe BASU/Hammadi; FDP und 1 Enthaltung: Frau Linsen-Steiner, Gruppe Grüne/WBV)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der **76. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven** – Umspannwerk nördlich Hohewerth – zu und beschließt, diese einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.2.2 Bebauungsplan Nr. 121, 1. Änderung (vorhabenbezogen)
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 26 (VEP 26)
- Bontekai - Aufstellungsbeschluss

274/2013

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman bezeichnete den Beschluss als eine „dunkle Entscheidung“, da hier ein historisches Gebäude abgerissen werden solle. Die Mehrheit der Bürger beurteile dieses Vorhaben jedoch negativ. Auch das Argument, dies sei aus energetischen Gründen nötig, halte er für nicht ausreichend. Hier müsse sich die Stadt fehlendes Gefühl für die Erhaltung ihres historischen Erbes und eine zu sehr finanziell orientierte Ausrichtung vorwerfen lassen.

Herr Debring begrüßte das Vorhaben, vermisste aber eine Einschätzung des Gebäudes aus historischen und denkmalpflegerischen Gesichtspunkten.

Herr Kottek erklärte daraufhin, es handele sich um ein ehemaliges Gewerbegebäude, das nicht denkmalgeschützt sei.

Auf weitere Nachfrage von **Herrn Debring** führte **Herr Kottek** weiter aus, das Gebäude sei als Gewerbeimmobilie damals entsprechend ausgestattet gewesen und daher beispielsweise nicht gedämmt. Eine Modernisierung erfordere daher einen unverhältnismäßig hohen Aufwand.

Herr von den Berg bat, auch die Einstellung der Bürger zu berücksichtigen. Darüber hinaus sei das Gebäude aus seiner Erinnerung heraus für eine Nutzung im kulturellen Bereich vorgesehen. Daher stelle sich ihm die Frage, warum dieser Aspekt nicht weiter verfolgt werde. Insgesamt vermisse er strukturierte Informationen über die Planungen, um Entscheidungen besser nachvollziehbar zu machen.

Oberbürgermeister Wagner hielt dem entgegen, es habe für dieses Gebäude keine konkreten Nutzungsmöglichkeiten gegeben. Davon unbenommen bleibe, sich Gedanken über die Ausgestaltung des Umfeldes zu machen. Er wolle auch darauf aufmerksam machen, dass das Gebäude mittlerweile seit einigen Jahren leer stehe und Investoren für eine Nachnutzung nicht in Aussicht stünden. Schließlich könne kein Investor gezwungen werden, zum eigenen wirtschaftlichen Nachteil Projekte nach Wunsch der Stadt durchzuführen. Somit koste die Unterhaltung die Stadt viel Geld, ohne einen Nutzen zu bringen. Allein aus diesen Gründen müssen alternative Nutzungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, wie mit dem heutigen Beschlussvorschlag geschehen. Verbunden sei damit das Ziel, eine Belebung des Bontekais und des angrenzenden Küstenmuseums zu erreichen. Die Stadt befasse sich immer wieder mit ihren historischen Gebäuden, wie zum Beispiel mit der Ruselerschule oder dem Altbauleerstand in der Südstadt. Besonders wichtig sei dabei zu entscheiden, welche dieser Immobilien erhalten werden könnten und in welcher Art und Weise dies geschehen könne. Dafür müsse ein entsprechender Plan erstellt und Haushaltsmittel vorgesehen werden. Seiner Meinung nach müssten diejenigen Immobilien, für die es Nutzungsmöglichkeiten gebe, für die Steigerung der Attraktivität besonders der Südstadt auch genutzt werden.

Herr Biehl machte darauf aufmerksam, dass es sich bei dem ehemaligen „Oceanis“-Gebäude, um das es heute gehe, um eine ehemalige Torpedolagerhalle handele. Daher sei das Gebäude besonders solide mit viel Beton, Stahlträgern und hohen Decken ausgestattet. Dieser Umstand mache jedoch einen Umbau und damit eine Weiterverwertung äußerst schwierig, wobei es an Überlegungen für eine Nachnutzung nicht gemangelt habe. Das leer stehende Gebäude koste die Stadt jedes Jahr viel Geld. So gerne er auch den

Erhalt des Gebäudes sehen würde, müsse er jedoch eingestehen, dass ein Umbau unverhältnismäßig teuer wäre. Allein aus diesem Grund und nur unter Bedauern stimme er dem Beschlussvorschlag zu.

Herr Prof. Reuter fügte abschließend hinzu, dass sich die Gesellschafterversammlung der WTF-S in den vergangenen Jahren intensiv um eine Nachnutzung bemüht habe, was jedoch aufgrund der Gebäudestruktur fehlgeschlagen sei. Nachdem auch er nochmals auf die hohen Kosten für den Leerstand hingewiesen hatte, resümierte Herr Prof. Reuter, dass bedauerlicherweise nur noch ein Abriss als letzte Alternative in Frage kommen könne.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Gegenstimme: FDP und 3 Enthaltungen: UWG-Fraktion; Herr Debring, SPD-Fraktion)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 16.06.2013 (BGBl. I S. 1548) die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 121 / 1. Änderung (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 26 (VEP 026) - BONTEKAI** - im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3(1) und 4(1) BauGB.

6.2.3 Bebauungsplan Nr. 136

275/2013

-Gökerstraße zwischen Hegel- und Schellingstraße-
Neuer Aufstellungsbeschluss

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2013 vor.

Herr von den Berg lobte die Verwaltung für den vorgelegten Entwurf und damit das Vorhaben, die bereits vorhandene und versiegelte Fläche weiterzuverwenden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

In Abänderung des Aufstellungsbeschlusses vom 18.09.2013 beschließt der Rat der Stadt Wilhelmshaven aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548) erneut die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 136 - Gökerstraße zwischen Hegel- und Schellingstraße- gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.2.4 74. Änderung zum Flächennutzungsplan

293/2013

-Fedderwardergroden / Östlich Inhauser Landstraße -
Aufstellungsbeschluss

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2013 vor.

Herr Jaques wie auch **Herr Sokolowski** zeigten sich erfreut über das Vorhaben, mit dem dem Wunsch der Bürger entsprochen worden sei, und bezeichneten es als eine Bereicherung für den Stadtnorden.

Herr Harms stimmte dem zu, bat aber gleichzeitig, den anderen Rettungsorganisationen die Gründe für die Auswahl der „Johanniter“ an diesem Standort zu übermitteln.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548) die Aufstellung der 74. Änderung zum Flächennutzungsplan - Fedderwardergroden / Östlich Inhauser Landstraße– gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.2.5 Bebauungsplan Nr. 120

294/2013

- Posener Straße / Inhauser Landstraße - Aufstellungsbeschluss

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 120 –Posener Straße / Inhauser Landstraße- gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.2.6 Sanierungsgebiet Westliche Südstadt

288/2013

-Umgestaltung Admiral-Klatt-Straße (zw. Seediek- und Luisenstraße)

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Entwurfsplanung zur Umgestaltung der Admiral-Klatt-Straße (zw. Seediek- und Luisenstraße) zu.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt eine Vereinbarung mit TBW über die Weiterreichung von erhaltenen Fördermitteln in Höhe von 266.667,00 € zu schließen.

6.2.7 Straßenbenennung für die Planstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 140 "westlich Möwenstraße"

289/2013

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Planstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 140 („westlich Möwenstraße“) erhält die Bezeichnung:
„**Salzwiesenring**“

6.3 Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Ratsherr Reese)6.3.1 Personelle Besetzung des Behindertenbeirates**272/2013**

Herr Reese trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.11.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stellt die personelle Besetzung des Behindertenbeirates ab dem 01.01.2014 wie folgt fest:

<u>Institution</u>	<u>Name, Vorname</u>	<u>Hinweis</u>
Wilhelmshavener Kinderhilfe	Ehrhardt, Heike	
Gesellschaft f. paritätische Sozialarbeit	Gastmann, Sabine	
Blindenverein WHV / FRI e. V.	Kiewitt, Manuela	
Sozialverband Deutschland	Janneck, Udo	
Agentur für Arbeit	Bormann, Karl	
VdK Sozialverband	Schäfer, Walther	
Freundeskreis d. Körperbehinderten	Heckmann, Siegfried	
Interessengemeinschaft behinderter Menschen in der Selbsthilfe	Dr. Schwindt, Peter	
Interessengemeinschaft behinderter Menschen in der Selbsthilfe	Schneegold, Birgit	
Vorsitzender des SoG	Reese, Uwe	Beratende Stimme
Fachbereich Soziales	Koch, Michael	Beratende Stimme

6.4 Ausschuss für Sport und Kultur (Ratsherr Möhle)6.4.1 Änderung des Überlassungsvertrags Stadttheater**301/2013**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur vom 12.12.2013 vor.

Frau Biester stellte bedauernd fest, dass als Folge der Einigung über die Einsparungen bei der Landesbühne nunmehr die Sparte der Gastspiele mit den Bereichen Oper/Operette/Ballett entfalle und damit auch ein Stück Kultur. Offenbar gebe es für die kulturelle Zusammenarbeit der zahlreichen Einrichtungen in der Stadt noch keine optimale Lösung, so dass auch der Prüfauftrag aus dem Haushaltssicherungskonzept derzeit nicht erfüllt werden könne.

Herr von den Berg dankte zunächst dem Ausschussvorsitzenden, der eine ausführliche Diskussion des Themas sowie entsprechende Anhörungen im Fachausschuss ermöglicht habe.

Es sei allgemein bekannt, dass Kunst und Kultur nun einmal nicht kostendeckend arbeiten könnten, dennoch müsse man sich dies erlauben können und für deren Erhalt kämpfen. Er warnte davor, dass dieser kleine Einschnitt, der heute vorgenommen werde, eine unerwartet große, derzeit aber noch nicht absehbare Wirkung entfalten könne. Weitere Einsparungen könne die Landesbühne nicht

leisten. In diesem Zusammenhang wolle er auf den hohen Stellenwert und den guten Ruf der Landesbühne in der Stadt und darüber hinaus aufmerksam machen. Auch sei der Zeitpunkt ungünstig gewählt: besser wäre es gewesen, dem neuen Intendanten mehr Einarbeitungszeit zu lassen, bevor dessen Etat derart gekürzt werde.

Er appellierte dringend, dem Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen.

Herr Dr. von Teichman vermutete vor dem Hintergrund dieses Beschlusses, dass der neue Kulturbeauftragte die Kultur nicht fördern, sondern vielmehr „abwickeln“ solle. Das Argument, es müsse gespart werden, könne er angesichts der großen Summen für unnötige Ausgaben, wie Gutachten oder nicht getätigte Verkäufe, nicht nachvollziehen. Aus seiner Sicht führten Entscheidungen wie diese zu einem Niveauverlust des Kulturangebotes. Er warne eindringlich davor, die Kultur in dieser Art abzubauen.

Der Oberbürgermeister müsse sich damit den Vorwurf gefallen lassen, sich nicht ausreichend für die Landesbühne eingesetzt zu haben. Seiner Meinung nach könne das Verfahren zur Erreichung dieser Zahlen nur durch Erpressung zustande gekommen sein. Abschließend warnte er vor Auswirkungen dieses Einschnittes nicht zuletzt auch für die Volksbühne, die Gefahr laufe, geschlossen zu werden.

Herr Walpurgis bedauerte, dass die Stadt hier einmal mehr ein Zeichen an der falschen Stelle setze. Im Rahmen des Kulturkolloquiums habe Einigkeit darüber bestanden, dass die Kultur in der Stadt ein Markenzeichen darstelle. Mit einem Markenzeichen dürfe jedoch nicht in dieser Weise umgegangen werden. Es könne zudem nicht jedem zugemutet werden, für Musikaufführungen in andere Städte zu fahren. Er mahne hier nicht zuletzt die Verantwortung der Politik für die betroffenen Bürger an. Er rate dringend dazu, die Vorlage aus diesem Verantwortungsgefühl heraus und zur Unterstützung der Landesbühne als Aushängeschild für die Kultur abzulehnen.

Oberbürgermeister Wagner wendete ein, es gehe hier nicht um die Streichung von Veranstaltungen der Landesbühne, sondern um zusätzliche Aufführungen Dritter im Bereich Musiktheater, Operette und Oper. Diese seien vergleichsweise schlecht besucht und blockierten andere Termine für die Landesbühne. Das heute vorgelegte Ergebnis sei gemeinsam mit dem Intendanten erarbeitet worden, dessen Bestreben es sei, die Besucherzahlen zu verbessern. Kultur habe immer auch etwas mit Bewegung zu tun, Innovationen würden nicht mit Inflexibilität erreicht. An dieser Stelle wolle er dem neuen Intendanten und dessen Mitarbeitern für die bisher geleistete Arbeit loben. Er sehe die Einrichtung auf einem guten Weg.

Herr Dr. Graul fügte hinzu, die Landesbühne werde die nunmehr frei werdenden Termine als Chance nutzen und warb um Vertrauen in den Weg, Bewährtes auf Zukünftiges zu übertragen.

Frau Will erklärte, der heutige Beschluss werde nicht gleich zu einer Zerschlagung der Kultur führen. Vielmehr entstamme dies einem Auftrag aus dem Haushaltssicherungskonzept an die Verwaltung, die Zuschüsse der Stadt an die Landesbühne zu reduzieren. Es würden hiermit nun nicht sämtliche Zuschüsse gestrichen, sondern lediglich um einen Teilbetrag reduziert. Auch wenn Kürzungen immer unangenehm seien, sei hier verantwortungsbewusst und sensibel vorgegangen worden. Die Kürzung in diesem Bereich resultiere letztlich aus einer Betrachtung der Besucherzahlen und diese seien in der Sparte der Gastspiele des Musiktheaters nun einmal gering gewesen. Zu einem Untergang der Kulturlandschaft führe dieser, wenn auch nicht gerade angenehme, Schritt nicht. Vielmehr werde eine freiwillige Leistung in vertretbarer und moderater Weise gekürzt.

Herr Sokolowski hingegen sah in dem Vorhaben ein schlechtes Zeichen, womit die Kulturlandschaft auf Dauer geschädigt werde. Er lehnte die Vorstellung, eine finanzielle Kürzung als Innovation zu verkaufen, als zu kurz gegriffen ab. Eine solche Argumentation könne er nicht hinnehmen. Selbst wenn die Besucherzahlen gering seien, gebe es doch immer auch Besucher, die ein solches Angebot interessierte. Bei der Kultur handele es sich nun einmal um ein Zuschussgeschäft und schließlich gebe es ausreichend Beispiele in der Stadt für Zuschussgeschäfte, die nicht allein aufgrund ihres Zuschussbedarfs gestrichen würden.

Frau Klee machte abschließend nochmals darauf aufmerksam, dass es sich hier um eine Kürzung bei einem Fremdeinkauf handele. Es werde eine Zusatzleistung zurückgenommen, weil eine Einsparung auf anderem Weg nicht möglich sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 14 Gegenstimmen: Gruppe Grüne/WBV; Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion; FDP)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Änderung des Vertrages zwischen der Stadt Wilhelmshaven und der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH vom 30.08.1984 bzw. 24.06.2010 in der vorgelegten Form zu.

6.4.2 Änderung des Personalgestellungsvertrages Stadttheater

302/2013

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur vom 12.12.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Änderung des Personalgestellungsvertrages zwischen der Stadt Wilhelmshaven und der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH vom 30.08.1994 in der vorgelegten Form zu.

6.5 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Beigeordneter Veh)

6.5.1 Widmung von Straßen

297/2013

Herr Harms trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 06.12.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Gemäß § 6 des Nds. Straßengesetzes in der z. Z. geltenden Fassung werden die nachfolgend aufgeführten Straßen und Wege im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven zum 01.01.2014 dem öffentlichen Verkehr als Gemeindestraßen gewidmet:

Einfahrt zum Forschungswindpark Anzetel

Gemeindestraße, Länge ca. 70 m ab Jeversche Landstraße (L 807)
zukünftiger Bebauungsplan Nr. 143

Coldeweier Schulweg

Gemeindestraße, Länge ca. 85 m
Bebauungsplan Nr. 83, 3. Änderung

6.6 Jugendhilfeausschuss (Ratsfrau Klee)6.6.1 Antrag der Gruppe BASU/Hammadi zur Besetzung der AG "Extremismus" **529/2013**

Frau Ober-Bloibaum trug den Antrag der Gruppe BASU/Hammadi vor und begründete diesen anschließend.

Herr Stoffers machte auf den Beschluss zur Bildung dieser Arbeitsgruppe im März 2012 aufmerksam. Damals sei unter anderem die Besetzung mit drei Ratsmitgliedern beschlossen und darauf hingewiesen worden, dass die Verteilung auf Grundlage des NKomVG erfolge, sofern es keine einstimmige Entscheidung gebe. Daraufhin seien die drei zur Verfügung stehenden Sitze nach dem gesetzlichen Verfahren verteilt worden. Sollte nunmehr die Gruppe BASU/Hammadi einen Sitz erhalten wollen, müsse die Zahl der Ratsmitglieder in der Arbeitsgruppe auf 6 aufgestockt werden, damit nach der Verteilung laut Gesetz ein Sitz auf die Gruppe entfalle.

Nachfolgend signalisierten **Frau Breuer** sowie die **Herren Becker** und **Sokolowski** ihre Zustimmung zum Antrag der Gruppe BASU/Hammadi.

Herr Hammadi erklärte, er wolle mit seinem Wissen und seinen Verbindungen der Stadt behilflich sein, helfen Vorurteile abzubauen und ein friedliches Zusammenleben unterstützen.

Auch **Herr Biehl** sah es als hilfreich an, die Arbeitsgruppe um ein Mitglied erweitern, das „sein Ohr am Pflaster“ habe.

Oberbürgermeister Wagner sah das Engagement von Herrn Hammadi als gutes Zeichen an. Doch wolle er gleichzeitig darauf aufmerksam machen, dass die Arbeitsgruppe von ihrer Zusammensetzung her arbeitsfähig gehalten werden müsse und hier eine sinnvolle Abgrenzung bezüglich der Größe gefunden werden müsse.

Herr Reese sah angesichts der Tagungshäufigkeit die Bedeutung der Arbeitsgruppe jedoch als nicht besonders prägnant an.

Herr Hammadi erklärte, ihm sei es wichtig überhaupt einen Beitrag leisten zu können, gleich welchen Umfanges.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt-**

(bei 12 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/MBV; Gruppe BASU/Hammadi; Herr Walpurgis, UWG-Fraktion und 4 Enthaltungen: Frau Bakir, SPD-Fraktion; Oberbürgermeister Wagner; Herr Walzner, UWG-Fraktion und Herr Dr. von Teichman, FDP)

Die Gruppe BASU/Hammadi beantragt einen Ergänzungsantrag zu der Arbeitsgruppe „Extremismus“ vom Ratsbeschluss vom 21.03.12

Der Ergänzungsantrag lautet:

In der Arbeitsgruppe „Extremismus“ wird Al-Chafia Hammadi als zusätzliches Mitglied benannt.

Begründung folgt.

6.7 Schulausschuss (Ratsfrau Will)6.7.1 Aufhebung der Grundschule Kirchreihe zum Schuljahr 2014/15**246/2013**

Frau Will trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 05.12.2013 vor.

Herr Dr. Graul informierte, die Landesschulbehörde habe sich bezüglich der Zusammensetzung der Klassenverbände an der neuen Schule dahingehend geäußert, dass die Klassen der ehemaligen Schule Kirchreihe unverändert blieben und die Klassen der ehemaligen Mühlenwegschule aufgeteilt würden. Dies habe den Vorteil, dass die neuen Klassen aus Schülern zusammengesetzt seien, die sich kennen und aus solchen, die mit dem Gebäude vertraut seien. Dieser Vorschlag sei mit den Elternvertretern der Schule Kirchreihe und der GS Mühlenweg positiv einvernehmlich abgestimmt.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, es habe intensive Gespräche mit den Schulleitungen und den betroffenen Eltern gegeben. Er selbst als betroffener Vater habe jedenfalls keine Bedenken gegenüber diesem Vorhaben.

Herr Biehl machte auf die bestehenden Bedenken der Eltern aufmerksam. Zwar sei durch den Vortrag von Dr. Graul eines dieser Probleme gelöst, doch bleibe nach wie vor allem der bevorstehende zweimalige Umzug. Aus seiner Sicht gebe es keinen Grund, die Aufhebung bereits zum Schuljahr 2014/14 vornehmen zu müssen.

Er **beantrage** daher, *das Datum der Aufhebung auf 2015/16 zu ändern*. Damit wären die vorgebrachten Probleme vielfach gelöst und der Zeitdruck genommen.

Herr Möhle brachte einen weiteren **Änderungsantrag**, mit dem der Beschlussvorschlag um folgenden Satz ergänzt werden solle: *„Die Klassen der Grundschule Kirchreihe bleiben in der Grundschule Mühlenweg in ihren Klassenverbänden bestehen.“*

Zwischen **Oberbürgermeister Wagner**, **Herrn Möhle** und **Herrn Dr. Graul** wurde anschließend die Formulierung bzw. Adressierung des Änderungsantrags von Herrn Möhle diskutiert. Oberbürgermeister Wagner wies darauf hin, dass über die Zusammensetzung der Klassenverbände die Landesschulbehörde zu entscheiden habe. Herr Dr. Graul erklärte, dass die von ihm erwähnte Stellungnahme der Landesschulbehörde auf den Erhalt der Klassenverbände hinweise.

Frau Linsen-Steiner und **Herr Walpurgis** appellierten eindringlich, zum Wohl der Kinder die ursprünglichen Klassenverbände zu erhalten und die Aufhebung der GS Kirchreihe um ein Jahr zu verschieben.

Herr Sokolowski erinnerte an das derzeit laufende Bürgerbegehren zur Schulentwicklungsplanung, welches am 28.3. ende und dessen Ergebnis noch völlig offen sei. Er bitte zu bedenken, dass bei einer positiven Bescheidung über das Bürgerbegehren alle bis dahin durchgeführten Schritte wieder rückgängig zu machen seien. Um die dadurch entstehenden möglicherweise hohen Kosten so gering wie möglich zu halten, bitte er, dem Votum der Grünen zu folgen.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass bisher bei jeder Schulzusammenlegung die Klassenverbände erhalten worden seien. Im Übrigen halte er diese weitere Grundschulzusammenlegung für nicht notwendig. Nachdem er die Gründe dafür dargelegt hatte, signalisierte Dr. von Teichman, er werde den Beschlussvorschlag ablehnen.

Herr Hellwig wendete ein, der Rat habe das Schulentwicklungskonzept demokratisch beschlossen. Ein Bürgerbegehren habe keine aufschiebende

Wirkung und könne eine demokratisch gefällte Entscheidung nicht aushebeln. Daher solle dem Rat bei der Umsetzung des Schulentwicklungskonzeptes auch weiterhin freie Hand gelassen werden.

Bezüglich der Bedenken hinsichtlich eines doppelten Umzuges weise er darauf hin, dass die Gebäude, zwischen denen der Umzug erfolgen solle, dicht beieinander lägen.

Herr Stoffers ging auf das Thema „Bürgerbegehren“ noch einmal ein: Dieses habe keine aufschiebende Wirkung, dies werde erst durch den Bürgerentscheid erreicht. Das bedeute, dass die Verwaltung während der Dauer des Verfahrens ihre geplanten Maßnahmen umsetzen könne. Sollte es zu einem Widerspruch gegen das Bürgerbegehren kommen, werde das Bürgerbegehren unzulässig. Alles was während des laufenden Bürgerbegehrens umgesetzt werde, entziehe diesem die Grundlage und mache es insofern unzulässig.

Frau Will fasste zusammen, es handle sich bei dieser Beschlussvorlage um einen Einzelbeschluss aus dem Grundsatzbeschluss zur Schulentwicklungsplanung. Zudem dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass die räumliche Nähe der beiden Standorte auch durchaus Chancen bieten und dabei helfen könne, eine Schulgemeinschaft zu bilden. Die SPD-Fraktion wolle daran mitarbeiten, zukunftsweisende Entscheidungen für die Schulpolitik zu treffen.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über die Änderungsanträge:

Nachdem **Herr Möhle** aus dem Schreiben der Landesschulbehörde bezüglich des Erhalts der Klassenverbände zitiert hatte, **zog er seinen Änderungsantrag zurück.**

Der **Änderungsantrag von Herrn Biehl** wurde **mehrheitlich abgelehnt.**

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 14 Gegenstimmen: Gruppe Grüne/WBV; Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion; FDP)

Der Aufhebung der Grundschule Kirchreihe zum Schuljahr 2014 / 15 sowie der Zusammenlegung mit der Grundschule Mühlenweg am Standort Schellingstraße 15 wird zugestimmt. Dem Umzug der Grundschule Mühlenweg in das Gebäude Schellingstraße 17 nach dessen Sanierung zum Schuljahr 2015 / 16 wird zugestimmt.

6.7.2 Änderung der Mitgliedschaft im Verein "Lernort Technik und Natur" **298/2013**

Frau Will trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 05.12.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat benennt ab 01.01.2014 den zuständigen Referenten für Schul- und Bildungsangelegenheiten (Referat 6) als Mitglied der Stadt im Vorstand des Vereins „Lernort Technik und Natur“.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner berichtete zunächst über die Umbesetzungen in Gremien, die sich nach dem Ausscheiden von Stadtrat Dr. Jens Graul als Wahlbeamter der Stadt Wilhelmshaven zum 31.12.2013 ergeben.

Folgende Gremien seien betroffen:

1. Oldenburgisch-Ostfriesischer Zweckverband für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen

In der Verbandsversammlung werde er selbst in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister und damit als so genanntes „geborenes Mitglied“ durch Frau **Marion Fiedelak** als zuständige Referatsleiterin dauerhaft vertreten.

2. Verein Nationalparkzentrum Wilhelmshaven “Das Wattenmeerhaus“ e.V.

In der Vergangenheit seien durch ihn selbst zum einen Herr Dr. Graul als Umweltdezernent und zum anderen Herr Janßen als Leiter des Fachbereiches 36 (Umweltamt) für den Vorstand des Vereins Nationalparkzentrum Wilhelmshaven “Das Wattenmeerhaus“ e.V. benannt worden. Da Herr Janßen ebenfalls zum Ende des Jahres aus dem Dienst scheide, würden künftig Herr **Nikša Marušić** als zuständiger Referatsleiter sowie Herr **Dr. Jens Graul** benannt.

3. Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH

Er habe sich bislang in der Gesellschafterversammlung, die aus den stimmberechtigten Mitgliedern des Betriebsausschusses TBW zuzüglich Oberbürgermeister bestehe, durch Herrn Dr. Graul vertreten lassen. Künftig werde ihn dort der Betriebsleiter der TBW, Herr **Tim Menke**, vertreten.

4. Zweckverband „Gemeinsame Leitstelle Friesland – Wilhelmshaven“

Seine Abwesenheitsvertretung nehme künftig Herr **Nikša Marušić** als zuständiger Referatsleiter wahr.

5. Zweckverband „Veterinäramt JadeWeser“

In der Verbandsversammlung werde er selbst in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister und damit als so genanntes „geborenes Mitglied“ durch Frau **Marion Fiedelak** als zuständige Referatsleiterin dauerhaft vertreten.

Anschließend berichtete **Oberbürgermeister Wagner** aus den Gesellschaften:

Derzeit werde die Betrauung der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft mit dem Öffentlichen Personennahverkehr in Wilhelmshaven vorbereitet;

in der Gesellschafterversammlung der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL) seien die Wirtschaftspläne beschlossen worden. Für das Jahr 2014 liege das Planergebnis bei 308 T€, was eine Verbesserung zum Planergebnis des Vorjahres um 3.000 € ausmache. Auch die Jahresabschlüsse würden in Kürze vorliegen;

die Hafenbetriebsgesellschaft Wilhelmshaven befinde sich seit 2011 Liquidation. Inzwischen liege der Prüfbericht zum Jahresabschluss 2011 vor, wie auch die Liquidationseröffnungsbilanz zum 1.1.2012 und die Liquidationsschlussbilanz zum 31.12.2012. Das Jahresergebnis liege bei -13 T€, das Vorjahresergebnis bei -42 T€. Diese Beträge würden über die Kapitalrücklage ausgeglichen und in 2013 erfolge die Auskehrung des verbleibenden Gesellschaftskapitals an die Gesellschafter;

in der letzten Aufsichtsratssitzung der JadeWeserAirport GmbH sei unter anderem das Thema „JetPortCity“ zur Sprache gekommen. Die weitere Entwicklung dieser Ansiedlung bleibe zunächst abzuwarten.

Die JadeWeserAirport GmbH habe ein erhebliches Ertragsproblem; die dort seit vielen Jahren erwirtschafteten negativen Ergebnisse würden zur Hälfte auf die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft entfallen und dort ausgeglichen. Dies belaste wiederum indirekt den städtischen Haushalt. Es stelle sich die Frage, wie mit dieser Gesellschaft künftig umgegangen werden solle. Besonders vor dem Hintergrund einer möglichen zusätzlichen Nutzung durch „JetPortCity“ müsse eine Lösung gefunden werden. Bislang gelte noch der Ratsauftrag aus dem Haushaltssicherungskonzept aus dem Jahr 2010, laut dem die städtischen Anteile an der Flugplatzgesellschaft zu veräußern seien. Ob und wie dieser Auftrag noch umgesetzt bleibe zu überlegen.

8 Anträge

8.1 Antrag Gruppe Grüne/WBV auf Änderung der "Richtlinien der Stadt Wilhelmshaven über die Ehrungen und Auszeichnungen für hervorragende sportliche Leistungen oder besondere Verdienste um die Förderung des Sports" **530/2013**

Herr von den Berg trug den Antrag der Gruppe Grüne/WBV mit nachfolgender Begründung vor.

Herr Föhlinger bat, den Antrag zurückzuziehen. Es gebe ein gültiges Sportförderungsprogramm, welches die gewünschten Regelungen beinhalte. Sollte auf weitere Beratung bestanden werden, wolle er einen Antrag auf Nichtbefassung stellen.

Nach einer kurzen Diskussion über das weitere Vorgehen unter Beteiligung der **Herren Becker, Biehl, Föhlinger** und **Oberbürgermeister Wagner** zog **Herr von den Berg** seinen Antrag wieder zurück.

Beschluss: -zurückgezogen-

Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, Wilhelmshavener Bürgervereinigung stellt den Antrag, die Richtlinien der Stadt Wilhelmshaven über die Ehrungen und Auszeichnungen für hervorragende sportliche Leistungen oder besondere Verdienste um die Förderung des Sports in Artikel 1.1 Absatz b) wie folgt zu ändern:

Über den Rahmen dieser Richtlinien hinaus können in begründeten Fällen weitere Ehrungen für hervorragende Leistungen im Sport erfolgen. Dies gilt in gleichem Maße für den Seniorensport (Altersklassen), wie auch für besondere Erfolge außerhalb der von den Fachverbänden des Deutschen Sportbundes ausgeschriebenen Meisterschaften.

Begründung:

In den vergangenen Jahren haben sich BürgerInnen unserer Stadt mit sehr außergewöhnlichen Erfolgen in ihren sportlichen Disziplinen hervorgetan. Leider konnten diese SportlerInnen bisher nicht geehrt werden, obwohl auch sie sich bei vielen Wettkämpfen und Qualifikationsvorkämpfen harten Auseinandersetzungen mit vielen KonkurrentInnen ausgesetzt sahen, eine Ehrung herausragender Leistungen blieb ihnen versagt. Als jüngstes Beispiel möchten wir die Steptanz-Meisterschaften benennen, bei denen auch Wilhelmshavener SportlerInnen sehr gute Leistungen gezeigt haben. Diese wurden darüber hinaus bei allen regionalen Sendern gezeigt, selbst das ZDF berichtete über dieses positive Ereignis aus Wilhelmshaven.

Vor Eintritt in die Einwohnerfragestunde machte die **Ratsvorsitzende** darauf aufmerksam, dass dies heute die letzte Ratssitzung für Herrn Dr. Graul als Dezernent sei. Sie dankte ihm im Namen des Rates für seinen Einsatz und die gute Zusammenarbeit, verbunden mit den besten Wünschen für dessen künftige Arbeit als Kulturbeauftragter.

Herr Dr. Graul dankte seinerseits für die konstruktive und faire Zusammenarbeit und wünschte dem Rat bei dessen Arbeit Glück und Erfolg für die Zukunft.

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde

(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung

(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Frau Albers bezog sich auf **Tagesordnungspunkt 6.2.3** „Bebauungsplan Nr. 136 - Gökerstraße zwischen Hegel- und Schellingstraße - Neuer Aufstellungsbeschluss“: Durch die Erhöhung der Verkaufsfläche sei ein erhöhtes Verkehrsaufkommen auf der Gökerstraße zu erwarten. Ihr stelle sich die Frage, ob die Gökerstraße dieses überhaupt aufnehmen könne. Zudem bitte sie um Auskunft, wie die unterschiedlichen Niveaus von Parkplatz und Straße angeglichen werden sollen. Sie befürchte, es könne dort zu Sichtbehinderungen kommen. Da die Schellingstraße zu einer Fahrradstraße ausgebaut werde bitte sie um Auskunft, ob der Schutz der Kinder, die aus dem Villenviertel kommen, gewährleistet sei.

Herr Kottek erklärte, der heutige Beschluss befasse sich mit der Erweiterung des Combi-Marktes um etwa 200 qm. Dabei handele es sich weniger um Erhöhung der Regalflächen, sondern um eine großzügigere Gestaltung der Verkaufsfläche an sich. Er glaube nicht, dass es dadurch zu einem vermehrten Verkehrsaufkommen komme. Es erfolge hier eine Anpassung an die neuen Erfordernisse zugunsten der Kunden. Das Gebäude rücke näher zur Gökerstraße und auch die gesamte Fahrtrasse werde verlegt, so dass mit dieser Maßnahme nicht mehr Parkplätze entstünden als vorher.

Auf eine Nachfrage von **Frau Albers** hin führte **Herr Kottek** weiter aus, dass es sich hier um einen erneuten Aufstellungsbeschluss handele, der durch die nachträgliche Zustimmung von Combi zur Erweiterung des Bebauungsplanes nötig geworden sei. Zunächst habe nur die Zustimmung von Aldi vorgelegen.

Frau Albers bat erneut um eine Darstellung der Planungen für eine Parkplatzlösung in Folge der Aldi-Erweiterung.

Herr Kottek wendete ein, die Form der Verlegung der Parkplätze sei bislang noch nicht bekannt, da man sich zunächst in der Phase des Aufstellungsbeschlusses befinde. Durch den Ratsbeschluss erhielten beide Verbrauchermärkte die Möglichkeit, Planer mit den Details der Durchführung zu beauftragen. Wie die endgültige Lösung dann aussehe, könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht dargestellt werden. Erst nach Verabschiedung eines Entwurfsbeschlusses könnten hierzu Aussagen getroffen werden. Bezüglich der letzten Nachfrage zur Schellingstraße lasse sich festhalten, dass sich durch die Beibehaltung der Parkplatzgrößen keine wesentlichen Auswirkungen auf diese Straße ergäben. Doch auch hier müsse durch einen Verkehrsplaner im Rahmen der Entwurfsplanung die Situation detailliert analysiert werden, um eine Kollision von Verkehrsberuhigung einerseits und vermehrtem Verkehrsaufkommen durch die Verbrauchermärkte andererseits zu vermeiden.

Nachdem keine weiteren Fragen vorlagen, wurde die **Einwohnerfragestunde geschlossen**.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin